

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 231 (1952)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1950/51
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-375447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1950 / 51

Der Ausbruch des Koreakonflikts im vergangenen Sommer hat nicht nur in der Weltwirtschaft, sondern auch in der stets mit ihr eng verknüpften schweizerischen Wirtschaft eine Wende von großer Bedeutung gebracht. Bis dahin hatte die Wirtschaft Westeuropas unter dem Zeichen eines durch die Marshallhilfe geförderten steigenden Wiederaufbaues einer einigermaßen normalen Friedenswirtschaft gestanden, der mit vielfachen Bestrebungen zur Beseitigung oder Milderung noch bestehender Wirtschaftsschranken verbunden war. Das mit dem Koreakrieg aufsteigende Schreckgespenst eines erneuten Weltkrieges hat dagegen nicht nur Europa, sondern vor allem auch die Vereinigten Staaten von Amerika vor die Notwendigkeit gestellt, sich wieder auf vermehrte Rüstung und wirtschaftliche Kriegsbereitschaft umzustellen.

Diese Umstellung der Wirtschaft unter Hintanzetzung des zivilen Bedarfes war vor allem in den Vereinigten Staaten bemerkbar, wo sich in der Folge Warenverknappungen, Preisanstiege, Steuererhöhungen usw. einstellten, alles Erscheinungen, deren Wirkungen auch Westeuropa bald zu spüren bekam. Die vermehrte Nachfrage nach lebens- und kriegswichtigen Gütern führte zu einer merklichen Anfurbeluna der Wirtschaft, aber auch zu fühlbaren Preiserhöhungen, die allerdings von Februar 1951 an wieder etwas zurückgingen. Dass unter solchen Umständen der seit längerer Zeit angebahnte Abbau internationaler Wirtschaftsbeschränkungen einen Dämpfer erhielt, ist verständlich. Immerhin hat dies die Tätigkeit der neugegründeten Organisation für europäische Zusammenarbeit (OECE) und die als Glied dieser Organisation errichtete Europäische Zahlungsunion nicht behindert. Diese erstrebt durch Kreditgewährungen eine allseitige Konvertibilität der europäischen Währungen und setzt an die Stelle des bisherigen bilateralen Zahlungsausgleichs zwischen den europäischen Staaten einen Spitzenausgleich internationaler Forderungen auf multilateraler Grundlage. Sie verbindet damit die handelspolitische Auflage der sog. „Liberalisierung“ des größten Teils der Einfuhr der beteiligten Staaten durch das Verbot von Importrestriktionen.

Zu welchen praktischen Ergebnissen diese Union führen wird, bleibt abzuwarten. Die Schweiz ist ihr am 1. November 1950 beigetreten, weil sie an einem möglichst ungestörten internationalen Handelsverkehr ein großes Interesse hat. Der Bund ist damit ein Engagement eingegangen, das die Summe von 600 Mill. Fr. übersteigt. Die mit der Union verknüpfte Liberalisierung eines großen Teils des Warenimports wirkt für die Schweiz auch schwierige Fragen ihrer wirtschaftlichen Selbstbehauptung auf, so namentlich bezüglich der Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Das hat denn auch dazu geführt, dass für landwirtschaftliche Importprodukte die Liberalisierungsgrenze mit 60 % statt wie für die übrigen Waren mit 75 % festgesetzt worden ist.

Der Schweiz brachte das abgelaufene Jahr 1950 zunächst – infolge der Abwertungswelle von 1949, die zahlreiche Länder erfasste – eine rückläufige Konjunktur,

bis mit dem Koreakonflikt Mitte des Jahres ein merklicher Umschwung einsetzte, der bald wieder Vollbeschäftigung in fast allen Teilen der Wirtschaft brachte. Dass diese Wendung auch das Preisgefüge nicht unbeeinflusst lassen konnte, war zu erwarten. Preiserhöhend mussten vor allem die prompt einsetzenden Warenverknappungen wirken. Dazu kam die behördlich empfohlene weitgehende Eindeckung mit Bedarfsgütern aller Art. In diesem Sinne haben die eidg. Räte am 21. April 1951 einen Beschluss über die Sicherstellung mit lebenswichtigen Gütern in unsicheren Zeiten gefasst, der dem Bundesrat auf diesem Gebiete weitgehende Kompetenzen erteilt. Infolge der veränderten Verhältnisse stieg denn auch der Grosshandelsindex, der lange Zeit um 200 gestanden hatte, auf 218 Ende 1950 und 231,2 Ende 1951. Dabei ist der Auslandwarenindex wesentlich stärker gestiegen als der Index der Inlandwaren. Der Lebenskostenindex, der im April 1950 mit 157,5 % seinen Tiefstand erreicht hatte, betrug Ende 1950 wieder 160,8 und Ende Mai 1951 166,1. Dass diese Entwicklung nicht wieder die Preis-Lohn-Spirale in Gang setzt, werden die verantwortlichen Kreise zu verhüten trachten müssen.

Die Industrie hat ein befriedigendes Jahr hinter sich, nachdem sie eine gewisse Flauheit in der ersten Jahreshälfte durch wesentlich vermehrten Bestellungs-eingang seit Mitte des Jahres kompensieren konnte. Sie erfreut sich daher zurzeit wieder einer guten Beschäftigung, namentlich dort, wo die Aufträge mit der Rüstung zusammenhängen, wie z. B. bei der Metall- und Maschinenindustrie, deren Sorgen sich nicht mehr auf Bestellungseingang, sondern auf die nun wieder erschwerete Rohstoffbeschaffung richtet. Die Uhrenindustrie hatte im ersten Halbjahr 1950 unter einem starken Rückgang des Exportes nach USA zu klagen, während ab Juli diese Exporte wieder die Vorriegshöhe erreichten. In der Textilindustrie haben zwar die Ereignisse zunächst auch eine stärkere Beschäftigung gebracht, doch scheint die gute Konjunktur bereits wieder etwas abgeflaut zu sein. Allgemein stellen sich der schweizerischen Industrie die Importrestriktionen unserer Absatzländer, vor allem Deutschlands, hindernd in den Weg, während umgekehrt unser Inlandsgeschäft durch die wachsende Konkurrenz ausländischer Erzeugnisse gehemmt wird.

Die Landwirtschaft hatte 1950 ein fruchtbare Jahr zu verzeichnen. Heu und Emd gerieten gut und auch die Getreide- und Kartoffelernte brachten gute Erträge. Die Wein- und Obsternte fielen ebenfalls reichlich aus, leider nicht in der richtigen Verteilung, da das Tafelobst weit hinter dem Mostobst, namentlich den Mostbirnen zurückblieb, von denen mangels genügender anderweitiger Bewertungsmöglichkeiten ein nicht unerheblicher Teil gebrannt werden musste. Auch die Kartoffeln konnten nur dank Anwendung der Koppelung mit eingeführten Futtermitteln untergebracht werden, wozu das revidierte Alkoholgesetz die Grundlage bot.

Der Gesamtrohertrag der schweizerischen Landwirtschaft betrug 1950 2242 Mio Fr. gegenüber 2228 Mio

Franken im Vorjahr. Leider hat es sich herausgestellt, daß die Ackerbaufläche auf 255 000 ha hinuntergesunken ist, also wesentlich unter die Norm, die seinerzeit als wünschbar erklärt worden war und die in den unsicheren Zeiten in denen wir leben, gehalten werden sollte. Gleichzeitig droht wieder eine Milchschwemme zu entstehen. Wenn z. T. aus diesem Grunde der bisherige Stützungsbeitrag des Bundes auf 1. Mai 1951 dahingefallen ist, so muß auf der andern Seite vermehrt für die Erhaltung des Ackerbaus gesorgt werden.

Die **Ba ut ä t i g e i t** war im vergangenen Jahre immer noch sehr stark und betrug der Zuwachs an Wohnungen im Jahre 1950 27 % mehr als im Vorjahr, trotzdem die öffentliche Finanzbeihilfe zurückgegangen war. Dieser Zuwachs hat im 1. Quartal 1951 noch zu genommen.

In der **H o t e l l e r i e** hat sich die Abwertungswelle von 1949 nun erst recht ausgewirkt. Trotz einer Sonderaktion zur Verbilligung der Winteraufenthalte ist die Zahl der gesamten Übernachtungen um 10 % zurückgegangen und tritt auch der gegenüber früher viel kurzfristigere Reiseverkehr schmälernd in Erscheinung.

Der **G e l d m a r k t** zeichnete sich in der ersten Jahreshälfte 1950 immer noch durch große Geldflüssigkeit aus, die allerdings Mitte des Jahres zum Stillstand kam. Die Durchschnittsrendite der Anleihen öffentlicher Körperschaften ging auf 2,3 % in der Jahresmitte zurück, stieg dann aber bis Ende 1950 wieder auf 2,74 %. Der vermehrte Geldbedarf konnte ohne Schwierigkeit gedeckt werden. Die öffentliche Emissionstätigkeit war zwar gering. An neuen Anleihen wurden nur 174 Mill. Franken gegenüber 342 im Vorjahr aufgenommen, aber auch weniger zurückbezahlt. Die Börsenumsätze waren lebhaft und größer als 1949. Der Notenlauf schwankte 1950 zwischen 4250 und 4400 Mio Fr. Der Schweizerfranken blieb sehr stark. Der Privatsatz und der offizielle Diskontsatz standen auf 1½, der Lombardsatz auf 2½ %. Trotz der Zahlungsunion ist leider noch keine Verbesserung des Finanztransfers Westdeutschlands nach der Schweiz eingetreten.

Im **A u ß e n h a n d e l** ist seit April 1950 eine mengenmäßige und seit Mai auch eine wertmäßige Steigerung der Ein- und Ausfuhren eingetreten. Die Einfuhren betrugen 1950 4536 Mio Fr., die Ausfuhren 3911 Mio Fr. Der Einfuhrüberschuss, der im Vorjahr 334 Mio betrug, hat sich somit auf 625 Mio vergrößert. Der Beitritt der Schweiz zur Zahlungsunion machte nun auch die Anpassung der bilateralen Abkommen an die neue Situation notwendig. Gegenüber den USA mußte die Schweiz in die sog. „Escapeklause“ einwilligen, derzufolge die USA die gemäß Abkommen gewährten Zollvergünstigungen unter Umständen von sich aus aufheben kann. Von Bedeutung für die Schweiz war auch der Abschluß neuer Abkommen mit Italien und Frankreich.

Von **w i r t s c h a f t s p o l i t i s c h e r** Bedeutung war im vergangenen Jahre vor allem der bereits genannte Beitritt der Schweiz zur **Z a h l u n g s u n i o n**. Der Versuch, die **A u t o t r a n s p o r t o r d n u n g** gesetzlich zu verankern, scheiterte in der Volksabstimmung vom 23. Februar 1951. Abgelehnt wurde vom Volke auch

die sog. **F r e i g e l d i n i t i a t i v e**, welche eine „stabile“ Währung versprach. Angenommen wurde statt dessen ein neuer **N o t e n b a n k a r t i k e l** der Verfassung, der eine bessere Anpassung des Münz- und Notenbankgesetzes an die heutigen Geld- und Kreditverhältnisse ermöglicht. Während das revisierte **A l t o - h o l g e s e t z** mit seiner neu ausgebauten Regelung der Kartoffel- und Obstverwertung am 1. März 1950 in Kraft trat, steht das neue **L a n d w i r t s c h a f t s g e - s e t z** gleich wie das **W e i n s t a t u t** stets noch in der Beratung der eidg. Räte, wo man sich vor allem in den Einfuhrfragen und im Maß staatlichen Eingreifens nur schwer einigen kann. Auch das zum Schutz der Uhrenindustrie vor Verschleppung ins Ausland vorgelegte **U h r e n s t a t u t**, das sich ebenfalls auf die Wirtschaftsartikel stützt, ruft der Frage, wie weit die staatliche Intervention gehen soll.

Die **S t a a t s r e c h n u n g d e s B u n d e s** pro 1950 schloß mit einem Reinertrag von 171 Mio Fr., der sich zusammensetzt aus einem Einnahmenüberschuß der Finanzrechnung von 301 Mio und einem Minus der Vermögensrechnung von 130 Mio Fr. Dabei haben die Einnahmen des Bundes gegenüber dem Vorjahr um 267 Mio Fr. zugenommen, während die Ausgaben sogar um ein wenig zurückgegangen sind. Sowohl die Zölle, wie die Steuern haben erheblich mehr eingetragen als im Vorjahr, was auf die Mehreinfuhren und die Wehrsteuer zurückgeht.

Nachdem die Bemühungen, den **B u n d e s f i n a n z - h a u s h a l t** in Ablösung des Fiskalnotrechtes neu zu ordnen, in der Volksabstimmung vom 4. Juni 1950 gescheitert waren, ist am 3. Dezember vom Volksjournal eine Übergangsordnung gutgeheißen worden, die für die Jahre 1951–1954 dem Bund die bisherigen Finanzquellen erhält. Inzwischen mußte aber mit Rücksicht auf die Weltlage ein neues Rüstungsprogramm mit einem Kostenaufwand von 1434 Mio Fr. aufgestellt werden, dessen Finanzierung durch Wehrsteuerzuschläge und eine Getränkesteuer nach Vorschlag des Bundesrates nicht die Billigung der eidg. Räte gefunden hat, so daß die Frage noch der Lösung harrt.

Die Betriebsrechnung der **B u n d e s b a h n e n** schloß 1950 mit einem Überschuß von 154,9 Mio Fr. oder 22,8 Mio mehr als im Vorjahr ab. Dabei ist der Betriebsertrag um 6,3 Mio höher, der Betriebsaufwand um 16,5 Mio tiefer als 1949. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergab einen Überschuß von 1,7 Mio Franken. Das dank außerordentlicher Umstände günstige Resultat darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich unsere Staatsbahn und nochmehr die Privatbahnen schwierigen Problemen gegenübergestellt sehen, namentlich nachdem durch die Ververfügung der Autotransportordnung eine Verschärfung des Verkehrswettbewerbes eingetreten ist. Daß dadurch auch die im Grunde fällige Tarifanpassung in Frage gestellt ist, sei nur nebenbei bemerkt. Besser hat es da schon die PTT-Bewaltung, die in baldiger Zukunft mit einer Taxerhöhung und der Aufhebung der Portofreiheit rechnen kann, aber auch schon 1950 der Bundeskasse nahezu 50 Mio Fr. Betriebsüberschuß abgeliefert hat.